



Ostbeauftragte Gleicke: Mindestlohn stärkt Beschäftigte in Ostdeutschland

Ostbeauftragte Gleicke: Mindestlohn stärkt Beschäftigte in Ostdeutschland
Die Ostbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke, hat anlässlich des heute veröffentlichten IAB-Betriebspanels Ostdeutschland 2014 die Bedeutung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns für Ostdeutschland betont. Die im Auftrag der Ostbeauftragten vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorgelegte Analyse zeigt, dass Stundenlöhne unterhalb von 8,50 Euro vor Einführung des Mindestlohns in ostdeutschen Betrieben deutlich verbreiteter waren als in den westdeutschen Bundesländern. In Ostdeutschland waren 2014 in fast jedem vierten Betrieb (23 Prozent) Beschäftigte mit Stundenlöhnen unterhalb von 8,50 Euro tätig (Westdeutschland 9 Prozent). Insgesamt lag der Anteil der Beschäftigten in diesem Lohnsegment an allen Beschäftigten in Ostdeutschland bei 11 Prozent (Westdeutschland 3 Prozent).
Die Ostbeauftragte Gleicke: "Die Ergebnisse zeigen, dass die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns insbesondere den Beschäftigten in Ostdeutschland zu Gute kommt. Die geringe Tarifbindung im Osten hatte dazu geführt, dass oftmals weit unter Mindestlohn gezahlt wurde. Das haben wir im Sinne der Beschäftigten, aber auch im Sinne eines fairen Wettbewerbs, der nicht auf Dumpinglöhnen fußen kann, geändert. Erfreulich ist auch, dass der Rückgang bei den Minijobs nichts an der positiven Beschäftigungsentwicklung insgesamt und der anhaltend hohen Nachfrage nach Arbeitskräften in den neuen Bundesländern geändert hat." Dem IAB-Betriebspanel Ostdeutschland ist auch zu entnehmen, dass die Anzahl der Betriebe und die Beschäftigtenzahl wie bereits in den Vorjahren weiter ansteigt. Mitte 2014 gab es in Ostdeutschland über 438.000 Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Hier waren insgesamt 6.650.000 Beschäftigte tätig und damit gut ein Prozent mehr als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund der günstigen Arbeitsmarktlage ist 2014 die Nachfrage nach Fachkräften weiter angestiegen. Gleichzeitig haben aber auch die Schwierigkeiten der Betriebe zugenommen, ihre Arbeitsplätze zu besetzen. Erfreulich ist, dass die Ausbildungsbeteiligung in Ostdeutschland erstmals seit vielen Jahren wieder zugenommen hat und bei 44 Prozent liegt.
Ein Themenschwerpunkt der Befragung in 2014 war die Einbeziehung von Frauen in Führungspositionen: Nach wie vor wird Frauen in Ostdeutschland sowohl auf der ersten (30 Prozent), als auch auf der zweiten Führungsebene (45 Prozent) häufiger Führungsverantwortung übertragen als in Westdeutschland (24 bzw. 38 Prozent).
Das IAB-Betriebspanel ist eine seit 1996 erhobene, jährliche repräsentative Arbeitgeberbefragung. Jährlich werden von Ende Juni bis Oktober bundesweit knapp 16.000 Betriebe aller Wirtschaftszweige und Größenklassen befragt. Im Auftrag der Ostbeauftragten erfolgt seit 2007 zudem eine Sonderauswertung IAB-Betriebspanel Ostdeutschland. Die Befragung wird in persönlich-mündlichen Interviews von TNS Infratest Sozialforschung, München im Auftrag des IAB durchgeführt. Diese repräsentative Betriebsbefragung umfasst ein breites Fragenspektrum zu einer Vielzahl beschäftigungspolitischer Themen, die in verschiedenen Forschungsprojekten untersucht werden. Angesichts des seit dem 1. Januar 2015 allgemeinen flächendeckenden Mindestlohns wurden die Betriebe auch zur potenziellen betrieblichen Reichweite als auch zur Beschäftigungsreichweite des Mindestlohns befragt. Ergänzt wird das jährliche Standard-Fragenprogramm um jeweils aktuelle Themenschwerpunkte.
Das IAB-Betriebspanel für Ostdeutschland 2014 finden Sie hier: www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/panel_2014_welle.html; detaillierte Ergebnisse der IAB-Betriebspanels für Ostdeutschland für die Jahre ab 2007 finden Sie hier; Ergebnisse für vorangegangene Jahre erhalten Sie beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
Weitere Informationen der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer finden Sie unter www.beauftragte-neue-laender.de.
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) Scharnhorststr. 34-37 11019 Berlin
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
URL: <http://www.bmwi.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage